

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Registrierung: Tagesblatt Rieser, Genus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1539, Sitzstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 257.

Montag, 3. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Werbeschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufftag, feste Tarife, bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbefugnisse "Zähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Sonnabend Landtagsauflösung?

Drei Auflösungsanträge.

Abänderung des Landeswahlgesetzes. Misstrauensantrag gegen das Kabinett Heldt.

Der am Sonnabend zusammengetretene Landtag hat die nächste Landtagsitzung auf Sonnabend mittags 1 Uhr festgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen eine Gesetzesvorlage über Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes, die eventuelle Neuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember erwidlichen soll, Anträge über Auflösung des Landtages und ein Misstrauensantrag gegen das Kabinett Heldt.

Aus dem zweiten Punkte der Tagesordnung erhellt man, daß von mehreren Seiten der Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt worden ist, und zwar von den Deutschnationalen, der sozialdemokratischen Fraktion, minderheit und den Kommunisten. Der Antrag der Deutschnationalen geht dahin, den Landtag aufzulösen und die Neuwahlen mit amtlichem Stimmzettel am 7. Dezember gleichzeitig mit den Reichstagswahlen durchzuführen. Wie schon früher erwähnt, ist eine Verfassungsänderung nötig, wenn die Landtagswahlen gleichzeitig am 7. Dezember vorgenommen werden sollen. Die Regierung wird noch im Laufe dieser Woche eine entsprechende Vorlage herübergeben, mit der sich am nächsten Freitag alle Fraktionen beschäftigen werden, sodas am Sonnabend deren sofortige Schlussberatung stattfinden und der Landtag am Sonnabend noch aufgelöst werden kann.

Der Landtag sollte ursprünglich morgen, Dienstag, zusammentreten. Die weitere Dinausstiebung des Wiederzusammentretens hat verschiedene Gründe. Die Sitzung des Berliner Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei ist nochmal, und zwar nunmehr auf den heutigen Montag, verschoben worden. Infolgedessen hat nun auch die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion ihre Fraktionsitzung, die die Entscheidung über die Haltung der Fraktion zur Frage der Auflösung bringen soll, auf Mittwoch verlegt. Obwohl die Sachlage immer noch rechtlich unklar ist, rechnet man doch auch in Regierungskreisen nunmehr sicher mit der Landtagsauflösung, was auch aus der angekündigten Vorlage auf Abänderung des Wahlgesetzes hervorgeht.

Der kommunistische Misstrauensantrag richtet sich gegen das ganze Kabinett Heldt. Er würde sich erübrigen, wenn vorher die Landtagsauflösungsanträge angenommen werden. Sollte sich jedoch wider Erwarten eine Wehrheit gegen die Landtagsauflösung zusammenfinden, dann würde natürlich auch keine Wehrheit für den Misstrauensantrag aufstehen können.

Die Entscheidung über die Landtagsauflösung liegt jetzt nicht mehr in der sozialdemokratischen Fraktion, sondern in der der Deutschen Volkspartei. Die drei Parteien, von denen Auflösungsanträge vorliegen - Deutschnationalen: 19, sozialdemokratische Fraktionsminderheit: 17, Kommunisten: 10 - haben zusammen 46 Stimmen. Sie haben also noch nicht die nötige Wehrheit und brauchen für den Fall, daß die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit gegen die Auflösung stimmt, noch Stimmen aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei. Diese Fraktion hat bisher noch nichts über ihre Stellungnahme zu der Frage der Auflösung, wenigstens nicht fraktionsamtlich, verlauten lassen. Von gutunterstützter Seite wird mitgeteilt, daß in gewissen Kreisen der Volkspartei die Auflösung sehr dringend gefordert wird, während die Kreise um die beiden Koalitionsminister erst die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion am kommenden Mittwoch abwarten wollen.

### Landesausschussitzung der D. Vp.

Am Sonntag trat in Dresden im Landtagsgebäude der Sonderausschuss der Deutschen Volkspartei zusammen. Nach Behandlung verschiedener geschäftsmäßiger Gegenstände fand eine Ansprache über die allgemeine politische Lage statt. Etwa nötige Entscheidungen wurden der Landtagsfraktion überlassen.

Die Deutsche Volkspartei hat folgende Anträge gestellt:

I. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung sich unverzüglich dafür einzusetzen, a) daß baldigst eine durchgreifende Milderung der Befolgungsordnung vorgenommen wird, die eine Verbesserung der Bezüge insbesondere der unteren und mittleren Befoldungsgruppen gewährleistet; b) daß das Befolgungsloergesetz aufgehoben wird.

II. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf endlichen Erfolg der in den Artikeln 128 bis 131 (Beamtenrecht und Beamtenvertretung) der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetze mit Nachdruck hinzuwirken.

III. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, über die bisher getroffenen Sparmaßnahmen und über Vereinfachung der Verwaltung dem Landtage als bald Mitteilung zu geben.

IV. Der Landtag wolle beschließen: 1. alle Verleue, die darauf hinauslaufen, die Aufwertungsteuer nach dem 1. Juli 1924 zu einer reinen Staatssteuer umzugestalten und die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel der Verwaltung einer Staatsstelle vorzubehalten (Einrichtung einer Landeswohnungsbank), die also eine Zentralisierung des Wohnungswesens, insbesondere zur Vermittlung der Aufwertungsteuer bedeuten, zu unterlassen. Erhebungs-gemäß würde durch solche Maßnahmen die Behebung der Wohnungsnot verzögert, die Erstellung von Wohnungen verteuert. 2. die Veronalverbindungen zwischen Landeswohnungsamt und Landesbedienstetungsamt in bezug auf die Verlon des Aufsichtsratsvorsitzenden und 1. Geschäftsführers der Landesbedienstetungsamt ist unverzüglich abzuseitigen.

V. Die Klagen aus dem ganzen Lande über Mißstände in der Kleinvertreterfürsorge mehren sich. Die gegenwärtig gewährten Unterstützungssätze sind vielfach zu gering und werden noch dazu nicht pünktlich ausbezahlt. Der Er-lah des Wohlfahrts- und Arbeitsministeriums vom 19. Mai 1924, der weitgehende Milder in bezug auf Beschlagnahme von Sachwerten empfiehlt, wird häufig mißachtet. Geringe nur vorübergehende Verdienste werden bei der Unterstützung in Anrechnung gebracht. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, unerwartet der Ausfertigung der geplanten Reichsgrundzüge dafür zu sorgen, daß die Be-zirksfürsorgeverbände die ungenügenden Unterstützungssätze dem jetzigen Stand der Lebenshaltung anpassen und daß auch alle sonstigen Mißstände auf dem Gebiet der Kleinvertreterfürsorge unverzüglich abgeklärt werden.

### Eine Rede Herzts in Tübingen.

Tübingen. Am Sonnabend abend sprach hier vor etwa 2000 Zuhörern der bisherige Führer der Deutsch-nationalen Ex. von Gerat, der unter anderem folgendes aus-sprach: Der Nimbus der Arbeiterregierung in Eng-land und der Radikalsozialisten in Frankreich, der natür-lich auch auf Deutschland abgefährt hat, ist nach Ausgange der englischen Wahlen zum Verblaffen gekommen. Als Verhandlungsgegner einer kommenden englischen konser-vativen Regierung ist in Deutschland eine Regierung der Mitte nicht am Platze. Wir haben das Memorandum von der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund schmeren Bergens gebilligt. Gott sei Dank, sind aber von deutscher Seite in diesem Memorandum wieder einmal Bedenken aus-gesetzt worden und es ist an unsere Kolonien erinnert worden. Zur Frage der Kriegsschuld meinte der Redner: Wir wollen, daß auch die feindlichen Mächte ihre Archive öffnen und die Unannehmlichkeit vor einem internationalen Schiedsgericht verhandelt wird. Unter des Kanzlers Vor-schlag der Volksgemeinschaft verstanden wir Gefinnungs-gemeinschaft, die natürlich unmöglich war. In höchster Not wandte sich der Kanzler dann an den Reichspräsidenten, der dann den Reichstag auflöste. Wir wissen nicht, was die Mittelparteien in dieser Pause erreichen wollten. Die Deutsche Volkspartei hat ihr im August gegebenes Ver-sprechen durchaus gehalten und es ist nur bedauerlich, daß sie nicht den Wahlkampf an unserer Seite aufgenommen hat. Dies wäre eine Verbindung, die auch über den 7. Dezember hinaus bestanden hätte, gewesen. Ueber die Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei ist zu sagen, daß wir eine Westanschauungspartei sind. Ich habe mich selbst geopfert und heute ist der Beschlossenheit der Partei wieder hergeteilt. Der Redner schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede mit dem Rufe: Auf zum End-kampf und zum Endtag.

### Eine Rede Milerands gegen Deutschland.

Paris. Der frühere Staatspräsident Milerand hat gestern vormittag bei einer Rede des Bundes der Familienväter eine politische Rede zu Ehren der Gefalle-nen gehalten, in der er nach einer Anspielung auf das Ge-fahren Protokoll folgendes sagte: Die Entwarnung muß vielleicht die gefährlichste aller Illusionen bleiben, wenn die Nationen nicht ihre moralische Abriitung durchzuführen. Deutschland schließt sich ohne Unterschied der Parteien von den Sozialisten bis zu den Deutschnationalen zusammen, um auf die Nationen, die es angegriffen hat, die Schuld des Krieges zu wälzen. Wie kann ein Volk, das die Spannung vor dem Kriege selbst heraufbeschworen hat, sich über den Argwohn beklagen, den es ausgesetzt hat? Am Schlusse seiner Rede ermahnte Milerand zu innerer Eintracht. Die Ansprache enthält keine bemerkenswerte Wendung gegen das Kabinett Herriot, was "Journal de Debats" ausdrück-lich hervorhebt.

### Die Räumung der belgischen Besatzungszone.

Nach einer Meldung aus Duisburg sollen die bel-gischen Truppen am 10. Januar 1925 aus dem be-sten Gebiet zurückgezogen werden. Diese Meldung wird an unterrichteter Stelle bezweifelt; be-stimmte Nachrichten liegen jedenfalls darüber noch nicht vor. Aber selbst wenn am 10. Januar die belgischen Truppen sich auf der Linie Düren zurückziehen, also die erste Zone räumen würden, so wäre es immer noch möglich, daß die-selben Truppen in der zweiten Zone Verwendung finden.

### Die Neuwahl des Reichspräsidenten im Mai?

Berlin, 3. November. In den politischen Kreisen verlautet, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten spätestens im Mai nächsten Jahres statt-finden wird. Die verlängerte Amtsdauer des Reichspräsidenten läuft am 30. Juni 1925 endgültig ab und dürfte unter keinen Umständen abgemildert werden. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien wünscht man, daß schon jetzt ein gemeinsamer bürgerlicher Kandidat in Aus-sicht genommen wird, der gegebenenfalls einem sozial-demokratischen Kandidaten gegenüber zu stellen wäre. Die Sozialdemokraten wollen jedoch, wie verlautet, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand nehmen und wollen die Demofraaten veranlassen, eine linksgerichtete Persönlichkeit vorzuschlagen, die von allen republikanischen Bevölkerungskreisen gewählt werden könnte. Da sich die Erwägungen hierüber noch im An-fangsstadium befinden, läßt sich über die Aussichten der bevorstehenden Präsidentschaftskandidaturen noch nichts sagen. Von wesentlicher Bedeutung ist jedenfalls die Frage, ob sich die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum auf eine gemeinsame Kandidatur einigen werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Linksparteien ihren Kandidaten durchbringen werden.

### Die Reichstagskandidaten der Volkspartei.

Die Wahlliste für Ostachsen.

- Der Vertretertag des Wahlkreisesverbandes Ostachsen der Deutschen Volkspartei setzte für die Reichstagswahl die folgende Kandidatenliste fest: 1. Reichsminister a. D. Dr. Geinze, Exa., Dresden; 2. Syndikus Dr. Rudolf Schneider, Dresden; 3. Innungsoberrmeister Lünse, Vauhen; 4. Vertreter der Angestellten Bierack, Dresden; 5. Frau Bessel, Dresden; 6. Eisenbahnoberinspektor Plehnisch, Königstein; 7. Oberlehrer Veitold, Dresden; 8. Regierungsrat Dr. Paetzow, Dresden; 9. Direktor Hertwig, Meißen; 10. Gutsbesitzer Dr. Diener v. Schönborg, Waffroda; 11. Fräulein Behendorf, Privatangehörige, Dresden; 12. Futtkrat Wenzel, Bittau; 13. Warrer Stamm, Weichenberg; 14. Vorf. d. Verb. der Kleinrentner Wolf, Dresden; 15. Kaufmann Raikus, Großenhain; 16. Lokomotivführer Bichorn, Rieser; 17. Kaufmann Beck, Herrnhut; 18. Volksbildungsminister Dr. Kaiser, Dresden.

### Die demokratischen Kandidaten für Ostachsen.

- Auf der demokratischen Reichstagsliste für den Wahl-kreis Ostachsen stehen folgende Namen an erster Stelle: 1. Bürgermeister Dr. Rühl, Dresden; 2. Eisenbahnoberinspektor Schmidt; 3. Fabrikbesitzer Bäder, Bittau; 4. Frau Stadtverordnete Peter, Wierna; 5. Gutsbesitzer Seunert, Rodewig.

### Landtagsauflösung auch in Thüringen?

Weimar. Die kommunistische Fraktion des thürin-gischen Landtages hat den Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages mit der Tagesordnung: Auflösung des Land-tages eingebracht. Die Einberufung des Landtages ist von der Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion abhängig, die zu erwarten ist.

### Die Umwandlung der Rheinlandkommission?

W. Der Korrespondent des "Temps" in Wiesbaden meldet, daß England in der nächsten Konferenz die Initia-tive ergreifen wolle, um eine gründliche Milderung der Besatzung und des Rheinlandstatuts herbeizuführen. Er sagt, daß vor allem die Rheinlandkommission in eine aus Franzosen, Engländern, Belgiern und Deutschen zusammen-gesetzte gemischte Kommission umgewandelt werden solle. An unterrichteter deutscher Stelle ist außer Gerichten da-rüber hiervon nichts bekannt geworden. Eine solche ge-mischte Kommission würde auch nicht den deutschen Inter-essen entsprechen, denn der deutsche Vertreter würde darin keine beneidenswerte Rolle spielen, da er ja stets über-stimmt werden könnte. Das deutsche Interesse würde viel-mehr in der Richtung liegen, die Einrichtung eines Reichs-kommissars wieder einzuführen. Damit würden die deut-schen Interessen eher wahrgenommen werden können als durch einen Vertreter in der Kommission. Wenn ferner in der Meldung auf eine Befreiung des Systems der Kreis-delegierten hingewiesen wird, so würde diese allerdings für Deutschland erwünscht sein können. Wenn an die Befrei-ung der Kreisdelegierten gedacht wird, so wäre diese Ablicht daraus zu erklären, daß sich bei der Neuordnung der Besatzungskosten herausstellen könnte, daß das System der Kreisdelegierten viel zu teuer ist.

### Die Generalinspektion.

In der Zeit vom 8. September, an welchem die Gene-ralinspektion der Interalliierten Militärkontroll-Kommission begann, bis zum 25. Oktober sind im ganzen 793 Kontroll-befuche ausgeführt worden; hiervon entfallen auf Truppen-läger 186, auf Festungen, Übungsläger und Heugüter 117, auf Dienststellen der Heeresverwaltung 88, Polizei 208 und Fabriken 232.